

**Schweiz**

12.12.2006 -- Tages-Anzeiger Online

**Petition gegen Ilisu-Staudamm**

**Vier Menschenrechts- und Umweltorganisationen haben in Bern eine Petition mit 37'000 Unterschriften gegen das umstrittene Ilisu-Staudammprojekt in der Türkei eingereicht. Sie fordern den Bundesrat auf, keine Exportrisikogarantie für das Projekt zu genehmigen.**

«Ein Schweizer Ja, bevor die Türkei bewiesen hat, dass sie willens ist, die Auflagen umzusetzen, ist reine Augenwischerei», erklärte Michele Laubscher von der Alliance Sud an einer gemeinsamen Pressekonferenz von Alliance Sud, Erklärung von Bern, die Gesellschaft für bedrohte Völker und der Schweizer. Das geplante Kraftwerk erfülle die internationalen Standards für eine Exportrisikogarantie nicht, teilten die Organisationen weiter mit.

Schwere Mängel gebe es beispielsweise nach wie vor bei der Umsiedlung von 55'000 Menschen, die mit dem Bau des 130 Kilometer langen Stausees nötig würde. Ausserdem werde das ungenügend vorbereitete Projekt zu einem Kollaps des Ökosystems am Tigris und in der denkmalgeschützten Stadt Hasankeyf zur Zerstörung mesopotamischer Hochkulturwerten führen.

**Österreich hat Garantie bereits bewilligt**

Beim Bau des Ilisu-Staudamms handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt von Firmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Während sich der Bundesrat noch nicht öffentlich zur Exportrisikogarantie geäussert hatte, liess das österreichische Gremium bereits letzte Woche via ORF verlauten, eine Garantie von 1,2 Milliarden Euro bewilligt zu haben. Die Garantie sei jedoch an 30 Bedingungen geknüpft.

Bundesrätin Doris Leuthard hat Mitte November gegenüber der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats zu verstehen gegeben, das der Gesamtbundesrat dem eingereichten Gesuch entsprechen werde.

Das seit Jahren umstrittene Projekt war 2002 wegen ökologischer und sozialer Bedenken bereits einmal gescheitert und wurde später neu aufgelegt. Die Exportrisikogarantie ist laut der Erklärung von Bern von den am internationalen Konsortium des Projekts beteiligten Schweizer Firmen Alstom, Maggia, Stucki und Colenco beantragt worden. Wegen der besonderen Tragweite wird der Gesamtbundesrat über die Gewährung der Garantie entscheiden.